

Breslauer



Beitung.

Nr. 8.

Mittwoch den 8. Januar

1851.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 7. Dezember. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde bei der Adressenabgabe der Hebergang zur einfachen Tagesordnung mit 147 gegen 141 Stimmen angenommen.

Paris, 6. Januar. Die Ministerkrise dauert fort. Odillon Barrot machte im Elysee als Bedingung zur Bildung eines Kabinetts: die Verzichtung auf die Dotation und die Präsidentschaftsverlängerung. — Als Gegenstück dem Elysee seine Unterstützung. — Als Gegenstück wird mitgeteilt, daß Barrot und Goud wieder bleiben, die übrigen Minister sollen aus der Majorität erannt werden. — Die Dotationenverwerfung ist wahrscheinlich. — In der Legislatur war kein Minister anwesend. — Widersprechende Ministerien circuliren.

Madrid, 31. Dezember. Die Steuern wurden von den Cortes bewilligt.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Kassel, 5. Januar. [Nach der D. Reform.] Der Stadtrath hat mit Rücksicht darauf, daß zwei Mitglieder auf kurze Zeit abwesend sind, und er zur Abfassung seines Beschlusses die volle Zahl derselben für nöthig erachtet, um eine Verlängerung der Präsidiumsfrist zu bewirken, und ist ihm solche bis Mittwoch früh bewilligt worden.

Sorben ist Feldmarschall-Lieutenant v. Legebitz mit der aus zwei Bataillonen seines Korps bestehenden Seite hier eingetroffen. Nachdem die Truppen auf dem Friedhofslage vor dem künftigen vorbeidefilirt waren, stellten sich selbige auf diesem Platz nachmals in Parade auf. General-Lieutenant v. Peucker und der Graf Leininger waren bis dahin in ihren Wohnungen geblieben und erhielten daselbst die Meldung, daß die Truppen zur Verabschiedung durch die beiden Kommandanten bereit seien. Die letzteren erschienen unumwunden, gingen die Front der Truppen entlang, wobei Herr von Peucker den Ehrenplatz einnahm, und die Musikcorps die Melodie „Sei Dir im Siegerkranz“ spielten. Der Feldmarschall-Lieutenant v. Legebitz und der Brigadegeneral von Bohl ritten den Herren Kommandanten zur Seite und gegenüber hielt die gesamte hier anwesende Generalität, den Fürsten Lages an der Spitze, mit ihren Stäben. (S. Kassel unter Deutschland.)

Frankfurt a. M., 6. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 35.

Genua, 3. Januar. Gestern fanden ernsthafte Zusammenstöße zwischen dem Volke und dem Militär in einer Hauptgasse statt. Es gab einige Verwundete. Die Bewegung war bald gedämpft. Die Gerichte sind bereits eingeschritten.

Luzern, 3. Januar. Der Gesetzesentwurf über den Verkauf der Dominikalien ist mit 97 gegen 21 Stimmen angenommen worden.

Wien, 28. Dezember. Der Kriegsminister hat in der Kammer einen Gesetzesentwurf über den Stand des Beförderung- und Pensionswesens der Armee vorgelegt. Den Wittwen und Waisen der in griechischen Diensten gestorbenen kaiserlichen Militärs wird Versorgung zugesichert. Der Minister des Innern beruft die Provinzialräthe, um ihnen sechs Fragen über die bei dem Wahlgesetz anzubringenden Modifikationen vorzulegen. Ein k. k. Dekret stellt Regeln fest, wonach Kapitänsdiplome für Kaufmannschiffe künftig auszugeben sind.

Uebersicht.

Breslau, 7. Januar. Die Adress-Kommission der ersten Kammer hat beschlossen, bei der Kammer zu beantragen, daß wegen veränderter Umstände von einer Antwort-Adresse Abstand genommen werde. In der zweiten Kammer ist in der heutigen Sitzung der Antrag auf einfache Tagesordnung angenommen worden.

Se. Majestät der König ist von seiner Unfähigkeit fast ganz wieder hergestellt, so daß er bereits am 6. Januar das 8. Landwehr-Infanterie-Regiment besichtigen wollte, wovon jedoch die Ärzte abriethen.

Am 5. Januar hatten Abgeordnete der Partei für Handelsfreiheit bei dem Minister-Präsidenten eine Audienz. Der neue Minister des Innern hat ein Circularschreiben erlassen nach der Provinz.

Am 5. Januar ist die Spitze des nach Gollstein bestimmten österreichischen Exekutionskorpses, in der Stärke von 2500 Mann in Kassel eingetroffen, zugleich auch der kommandirende General Legebitz. Die österreichischen Truppen wurden wie im Exekutionskorps der preussischen, preussischen und türkischen Militärs eingeleitet und machten später Parade vor den beiden Kommandanten. Unter dem Herrn Exekutionskorps befinden sich 2 böhmische, 3 ungarische 1 mährische und 1 galizische Regiment.

Die Streng gegen die mißliebigen Kaffee ist noch im Wachen. Stieben in Kassel anläßliche Bürger sind aus Kurfürsten ausgewiesen worden, ferner 10 auswärtige Zeitungen (unter ihnen die Angeb. Allg.) verboten.

Österreich hat trotz der Unmüßigen Puntation es zugelassen, daß Bayern sich an der Exekution in Kurfürsten betheilige, weil Bayern geltend macht, daß es sonst vor den Kammeren die von Österreich gewünschte Mobilmachung nicht rechtfertigen könne. Eben so willfährig zeigt das Österreich gegen Bayern in Betreff der bayerischen Besatzung in Frankfurt. Man kann aus allen diesen Vorgängen eben auf keine freundschaffliche Gesinnung Österreichs gegen Preußen schließen.

Die Mitglieder des sogenannten Bundestages haben sich wieder in Frankfurt eingefunden und halten wieder Sitzungen.

In Bayern wird demobilisirt und auch wiederum gerüstet. — Die Verhältnisse zur Schweiz sollen sich bereits sehr ernst gestalten.

Die Kommissäre Thümen und Mendorf sind in Mendoburg angelangt und werden am 6. Januar eine Konferenz mit der Statthaltertschaft von Schleswig-Holstein abhalten.

Breslau, 7. Januar.

„Die tief im Herzen der deutschen Nation wurzelnden Forderungen, ohne deren Erfüllung keine dauernde Ruhe in Deutschland eintreten, und der Revolution kein Ziel gesetzt werden wird, lassen sich auf Folgendes zurückführen“:

„Die Herstellung der Macht und Einheit Deutschlands, und der Möglichkeit eines gemeinsamen und kräftigen Auftretens vor dem Auslande, und einer freien und fruchtreichen Entwicklung wahrhaft freisinniger Institutionen im Innern; die Schöpfung einer kräftigen, nicht durch die Möglichkeit des inneren Widerspruchs in sich selbst gelähmten, also einer einheitlichen Exekutivgewalt“;

endlich die Bildung einer Nationalvertretung in Staatshaus und Volkshaus mit gesetzgebenden Befugnissen.“

„Was über diese Forderungen hinausgeht, widerspricht entweder dem innersten Wesen der deutschen Nationalität, so wie dieselbe in der Geschichte und Sitten des Volks vor uns liegt, oder erscheint als durchaus praktisch unausführbar. Aber es würde auch eine schwere und verderbliche Täuschung sein, wenn die Regierungen glauben wollten, hinter diesen Forderungen zurückbleiben zu können.“

Diese Worte, deren Wahrheit sich bewähren wird, wie auch die nächste Zukunft sich gestalten mag, sie gehören nicht etwa einem ehemaligen Gothaer, einem Professor u. s. w. an, sie sind der Denkschrift der königlich preussischen Regierung vom 9. Mai 1849 entnommen, welche der Veröffentlichung des Entwurfs der Reichsverfassung vom 26. Mai voranging, aus welcher zugleich näher zu ersehen ist, wie die Regierung jene als vollkommen berechtigt, als erfüllbare anerkannte und unerlässlich zu erfüllende Forderungen, aufgestellt, was sie insbesondere unter „den wahrhaft freisinnigen Institutionen“ verstanden hat.

Den wesentlichen Inhalt jener Denkschrift aber hat das Königs Majestät selbst auch nachmals noch in feierlicher Weise bei Eröffnungen der Kammern am 9. August 1849 bestätigt, indem er sprach:

„Die Einheit Deutschlands dargestellt durch eine einheitliche vollziehende Gewalt, die nach Außen seinen Namen und seine Interessen kräftig vertritt, und die Freiheit der deutschen Nation, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugnis, ist und bleibt das Ziel unseres Strebens. Wir haben beide Bedingungen vollkommen vereinbar erkannt mit der staatlichen Existenz aller deutschen Länder.“

Und noch ein Jahr darauf, am 25. August 1850, wenige Monate vor den Tagen von Warschau, Danzig und Dresden, erklärte die preussische Regierung in einer Depesche an die österreichische Regierung: „Wir müssen uns das Recht nicht an, den Standpunkt zu beurtheilen, welchen die deutschen Regierungen eingenommen haben oder einzunehmen gedenken; wir dürfen aber auf die feierliche Verheißung hinweisen, welche von uns in Gemeinschaft mit allen deutschen Regierungen dem deutschen Volke, welche von vielen dieser Regierungen ihren besondern Angehörigen gegeben worden sind, und wonach die untergegangene Bundesverfassung, welche sich als gänzlich unzureichend für die Bedürfnisse der Nation erwies, nicht wieder ins Leben treten sollte. Wer wird behaupten wollen, daß diese Verheißungen und feierliche Erklärung nicht unter dem Gesichtspunkt des Rechtes, sondern nur einer augenblicklichen, durch vorübergehende Zeitumstände bedingten politischen Nützlichkeit gehörten? Preußen hat sie nicht so verstanden und wird sie niemals so auslegen.“

Alles dieses ist aber ausgegangen unter Mitwirkung und Verantwortung und mußte als der Gesinnungsausdruck aller der Männer angesehen werden, welche jetzt die preussische Ehre darin setzen, mitzuwirken bei der Vollziehung der Bundesverfassung in Kurfürsten und Holfstein, welche, wie es den Anschein hat, bei der sog. Reorganisation Deutschlands Hand in Hand gehen wollen mit dem Fürsten von Schwarzenberg, der als Grundlage und Ausgangspunkt bei der alten Bundesverfassung bezeichnet hat, der, ein treuer Schüler und Nachfolger Metternichs, schon hinreichend ausgesprochen hat, wie die Dresdener Konferenzen vorzugsweise die Aufgabe hätten, das nun zum Schluß zu bringen, was die Karlsbader Beschlüsse, die Beschlüsse vom 28. Juni 1832 (auf deren Grund die Exekutionen in Hessen und Holfstein angeordnet sind), die veröffentlichten und geheimen Beschlüsse der Ministerial-Konferenzen in Wien im Jahre 1834 u. s. w. noch unvollendet gelassen hätten.

Aber alle Repressivmaßregeln, alle Enttarnung und etwaige Beseitigung konstitutioneller Verfassungen, alle Versuche, den einen Theil des Volkes durch Vorpiegelung materieller Vortheile von den politischen Interessen abzugelenken, während der andere Theil stumm gemacht worden, alle Künste der Diplomatie werden doch nicht hinreichen, jene feierlichen Verheißungen, wie die obigen, ungeheuren zu machen, das Andenken daran zu vernichten. Das deutsche Volk wird daran festhalten und wird sie bereitst zu verwirklichen wissen; so gewiß, als die Geschichte Gerichte halten wird — über unsere Staatsmänner!

Preußen.

Berlin, 6. Januar. Die Ziehung der 1ten Klasse 103ter Königl. Klassen-Lotterie wird nach planmäßiger Bestimmung den 1ten d. M. früh 8 Uhr ihren Anfang nehmen; das Einzahlen der künftigen 80,000 Ziehungsnummern aber nebst den 3500 Gewinnen gedachter 1ten Klasse schon den 1ten d. M. Nachmittags 3 Uhr durch die Königl. Ziehungs-Kommissionen öffentlich und im Beisein der dazu besonders aufgeführten hiesigen Lotterieverwalter Borchardt, Magdoff und Stadtrath Sieger im Ziehungs-Saal des Lotteriehauises stattfinden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Moer, von Frankfurt a. d. D. Der General-Major und Commandeur der 1ten mobilen Division, v. Buffow, von Liebenwerda. Abgereist: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-stettinische Staats-Minister, v. Dewitz, nach Neu-Strelitz.

Berlin, 5. Januar. Heute empfing Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident die Herren Gütke und Rahm aus Stettin, Rosz und Hargreaves aus Hamburg als Abgeordnete des

Direktoriums der Partei für Handelsfreiheit und ertheilte denselben eine längere Audienz. (D. Ref.)

Die D. Ref. erklärt, daß in Bezug auf die einzuhaltende Handelspolitik Beratungen und Beschlüsse im Staatsministerium in letzter Zeit nicht stattgefunden haben, mithin ein Dissens im Ministerium gar nicht hat hervortreten können.

Bericht der Adress-Kommission der ersten Kammer. Die erste Kammer hat bekanntlich in ihrer Sitzung vom 3. d. M. beschlossen, die Diskussion über den Adress-Entwurf so lange zu vertagen, bis die Adress-Kommission den Adress-entwurf und die eingegangenen Verbesserungs-Anträge nochmals in Erwägung gezogen und darüber Bericht erstatten haben werde. Die Adress-Kommission ist in Verfolg dieses Auftrags, so lebhaft sie auch gewünscht hätte, die letzte Thronrede nicht ohne eine ehrfurchtsvolle Erwiderung Seitens der ersten Kammer zu lassen, doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen und nachdem seit der Eröffnung der Kammern bereits sechs Wochen verfloßen sind, einstimmig zu dem Antrage gekommen, die erste Kammer solle beschließen, von der Erwiderung der Thronrede durch eine an des Königs Majestät zu richtende Adresse für dieses Mal Umgang zu nehmen.“

Zum Berichterstatter ist von der Kommission (bestehend aus den Herren Graf v. Ritzberg, als Vorsitzender, Oberburggraf v. Brünneck, Dr. Brüggemann, Cottenet, Graf Dönhoff, Grein, Graf v. Jelenitz, v. Plötz und Stahl) der Abgeordnete Dr. Brüggemann ernannt worden. — In dem über diesen Gegenstand der Kammer vorgelegenden Bericht heißt es: „Indem die Kommission sich vergegenwärtigte, daß bei der Abfassung ihres Entwurfs lediglich die in der Thronrede vom 21. November v. J. enthaltene Darlegung der damals obwaltenden politischen Verhältnisse berücksichtigt worden sei, konnte dieselbe sich nicht verhehlen, daß jene Verhältnisse heute entweder nicht mehr bestehen, oder doch so völlig verändert sind, daß der vorgelegte Entwurf in seinem hierauf sich beziehenden Theile nicht mehr als der Gegenwart entsprechend betrachtet werden kann.“ Einen abgeänderten Entwurf vorzulegen, glaubte sich die Kommission nicht in der Lage, „da sie von der an die Stelle der früheren Verhältnisse getretenen gegenwärtigen politischen Lage nicht hinreichend unterrichtet ist, eine erschöpfende Mittheilung über schwebende politische Verhandlungen aber, abgesehen von der Schwierigkeit derselben, um so weniger von bestimmtem Erfolge sein kann, als die auf Grund der eingeleiteten Verhandlungen fortschreitende Entwicklung jeden Augenblick die Lage der Dinge ändern, und ein Weiteres so lange nicht gewonnen werden und der prüfenden Auffassung anheimfallen kann, als das nächste Ziel der eingeschlagenen neuen Politik noch nicht erreicht ist und die gewonnenen Resultate noch nicht mitgeteilt werden können.“

Berlin, 6. Januar. [Kommissionen.] Das Resultat der in den Abtheilungen der zweiten Kammer vollzogenen Wahlergebnisse für die Prüfung des Strafgesetzbuchs ist folgendes: 1. Abth.: die Abgeordneten Speppert, Scherer und Steinbeck; 2. Abth.: v. Patow, Dohm und von Auerwald; 3. Abth.: Wengel, Büchtemann und Goltz; 4. Abth.: Vossler, Vossler und Bürger; 5. Abth.: Stofch, Gessler und Fiegel; 6. Abth.: Weibtreu, Praßisch und Krahn; 7. Abth.: v. Bodschwingh (Hagen), Wendt (Glogau) und Loobe.

Zur Prüfung der Verordnung vom 12. November v. J. über die Kriegslasten sind folgende Mitglieder in den Abtheilungen der zweiten Kammer erwählt: 1. Abth.: v. Bülow, Rietz und v. Holzbrink (Siegen); 2. Abth.: Förster und von Sauten (Jülich); 3. Abth.: v. Jagow (Wittenberg) und Kersing; 4. Abth.: Graf Monts und v. Arnim (Neu-Stettin); 5. Abth.: v. Leipziger (Chodzieff) und Bäumert; 6. Abtheilung: v. Steinhäusen und v. Seichow und 7. Abth.: Freiherr von Zedlitz und Dietrich.

Berlin, 6. Januar. Seine Majestät der König sind von dem leichten Podagra-Anfall, an welchem Allerhöchstdieselben seit den letzten Tagen des verfloßenen Jahres gelitten, beinahe ganz wieder hergestellt. Seine Majestät haben bereits heute das 8. Landwehr-Infanterie-Regiment zu besichtigen die Intention gehabt; jedoch haben die Leibärzte S. M. dies noch widerrathen zu müssen geglaubt. (D. Ref.)

Berlin, 6. Januar. [Tagesbericht.] Was ich vorgestern vermuthungsweise aussprach, scheint genau seine Bestätigung zu erhalten: die Majorität der zwei Kammern nämlich scheint entschlossen, über die mehr oder minder theoretischen Debatten hinweggehen zu wollen und sich direkt zu den konkreten Arbeiten zu wenden. Durch einen Kompromiß der gemäßigten Oppositionspartei scheint die Majorität für eine motivirte Tagesordnung bereits gesichert, die kein direktes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium enthält. Die außerordentliche Spannung auf die morgende Sitzung der zweiten Kammer, die sich z. B. darin befand, daß man heute vielfach das Gerücht von einer morgen bevorstehenden Auflösung der Kammern verbreitet und daß man die Wägen zu den Zuhörers-Tribünen bis zu 2 Friedrichs-Gr bezahlte, dürfte daher schwerlich befriedigt werden. Das Ministerium scheint von dieser Wendung der Dinge auch bereits unterrichtet, denn in dem langen gestrigen Ministerialrathe machte sich dieselbe Ansicht bereits allgemein geltend und man beschloß, sich prinzipieller der einfachen Tagesordnung anzuschließen, hiernächst aber auch selbst mit einer motivirten Tagesordnung sich einverstanden zu erklären.

Wie ich vorher sagte, werden die nach Schleswig-Holstein marschirenden Österreicher bei Wittenberge die Elbe passieren, sie sind dort für morgen bereits angefangen. Von hier aus stoßen zu dem preussischen Corps das zweite Garde-Regiment, die Garde-Jäger und ein Theil der hiesigen Pionier-Abtheilung. Im Uebrigen ist aber noch eine Veränderung mit den hierfür bestimmten Truppenabtheilungen vorgenommen und statt der Garde-Regimenter das 8. 9. und 14. Infanterie-Regiment designirt worden.

Der im Augenblicke hier verweilende brasilianische Kriegeminister Baros de Barosa hat die Absicht ausgesprochen, 3 bis 4000 Mann von den in Schleswig-Holstein zu entsendenden Soldaten für Brasilien anzuwerben und sobald wie möglich dorthin zu spediren, indem bei den momentanen kriegerischen Ausfällen mit Buenos-Ayres man dort zahl-

reicher Mannschaften bedürftig ist. Die hiesige Regierung unterstützt diesen Plan.

Es bestätigt sich, daß der neue Kultusminister das von dem früheren Minister v. Rabenberg bereits zur Vorlage an die Kammern vollständig ausgearbeitete Unterrichts-Gesetz als gänzlich unpraktisch erklärt und eine völlige Umarbeitung desselben beschlossen hat.

Berlin, 6. Jan. [Sonntagsfeier. — Eisenbahnbau.] Der evangelische Verein hat vor Kurzem an den evangelischen Ober-Kirchen-Rath eine Eingabe gerichtet, in welcher er diesen anging, sich bei der Staatsregierung für eine Herstellung einer wahren Sonntagsfeier und Sonntagsheiligung zu verwenden. Auf diese Eingabe des hiesigen evangelischen Vereins für kirchliche Zwecke hat der Ober-Kirchen-Rath folgendes Reskript erlassen:

„Auf Ihre Vorstellung, betreffend die Heiligung des Sonntags, eröffnen wir Ihnen hierdurch, daß wir bereits unterm 26. September (1850) Veranlassung gehabt haben, den höchsten Staatsbehörden eine Denkschrift über diesen Gegenstand zu überreichen, in welcher wir die religiöse, politische und sociale Bedeutung der christlichen Sonntagsfeier dargelegt, und gebeten haben, nicht sowohl durch eine Verklärung der bestehenden Sonntagsfeier, als vielmehr durch eine strenge und konsequente Handhabung derselben, durch Befestigung vornehmlich der arbeitenden Klassen in dem Genuß ihres christlichen Antheils auf die Ruhe und Sammlung des Sonntags, und vor Allem durch ein in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes von den Behörden gegebenes Beispiel einer christlichen Sonntagsfeier, für die Wiederbelebung dieser heiligen Ordnung in unserem Volke mit beizutragen. Wir freuen uns, aus Ihrer Vorstellung zu erkennen, daß diese unsere Bemühungen von unabhängigen Männern anerkannt werden, und kann diese Wahrnehmung nur die Freude in uns stärken, in der freywilligen Erfüllung unserer Pflichten unverzagt auszuharren.“

Sie ersehen hieraus auch, daß der Ober-Kirchen-Rath zuerst die Sonntagsfrage in die Hand genommen hat und daß die Propositionen, welche Herr v. d. Heydt namentlich in Betreff einer Sonntagsfeier der Postbeamten u. s. w. in engem Kreise gemacht hat, aller Wahrscheinlichkeit nach nur eine Folge der unterm 26. September von dem Ober-Kirchen-Rath an die höchsten Staatsbehörden abgegebenen Vorstellung sein möchten.

Für das laufende Jahr sind im Ganzen nach den aufgestellten Berechnungen 10,623,437 Rthl. für die Fortsetzung des Baues von Staats-Eisenbahnen erforderlich und zwar für den Bau der Eisenbahn 6,000,000 Rthl., für den Bau der westfälischen Bahn 2,205,437 Rthl., für die Saarbrücker Bahn 800,000 Rthl., zum Bau der Weichsel- und Neugat-Brücken bei Dirschau und Marienburg 968,000 Rthl. und zu den Strassen und Deich-Regulirungen an der Weichsel und Neogat 650,000 Rthl. Die Staats-Regierung hat zur Deckung dieser außerordentlichen Ausgaben dem Handelsminister aus den Staatsfonds pro 1851 einen Zuschuß von 9,390,699 Rthl. 7 Sgr. 6 Pf. überwiesen. Aus dem etatsmäßigen Eisenbahnfonds bleibt für die hier in Rede stehenden Bauten eine Summe von 1,232,737 Rthl. 22 Sgr. 6 Pf. verfügbar. Dem etatsmäßigen Eisenbahn-Fonds werden jährlich aus der Staatskasse 500,000 Rthl., ferner aus den Ueberschüssen des Salzsteuers für dieses Jahr 971,000 Rthl. überwiesen; eine weitere Einnahme ergeben die Zinsen von den Effekten des Eisenbahn-Fonds mit 80,337 Rthl. 22 Sgr. 6 Pf., so daß im Ganzen dem Handelsminister zur Beförderung des Eisenbahnbaues etatsmäßig 1,551,337 Rthl. zur Disposition stehen, von welcher Summe nachst den 1,232,737 Rthl., die, wie oben erwähnt, direkt zum Fortbau der Staats-Eisenbahnen verwendet werden, Zuschüsse zur Deckung der garantierten Zinsen im Betrage von 255,000 Rthl. und zur Befreiung der Kosten für die Vorarbeiten zur Errichtung von Eisenbahn-Linien 20,000 Rthl. zu leisten sind. Die Summe von 43,600 Rthl. deckt die Befolgungen, Bureau- und Remunerationen-Kosten, so wie ähnliche kleinere Ausgaben.

Heute Mittag traf das 12. Landwehr-Regiment aus der Gegend von Herzberg über Potsdam kommend hier ein. Dasselbe hatte vor Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen Parade.

Der Herzog von Ratibor, welcher in Folge Beförderung sein Mandat als Abgeordneter zur zweiten Kammer für den 5ten Doppelstimm Wahlbezirk niedergelegt hatte, aber bei der am 9. Dezember stattgefundenen Neuwahl mit 240 unter 247 Stimmen wiedergewählt worden war, hat diese Wahl angenommen. Am 3. Januar kamen hier 408 Personen an und reisten 303 ab. Angekommen: der französische Kabinetts-Sekräter Lebas von Paris, der französische Gesandtschafts-Attache de Fautoult von Paris. Abgereist der französische Kabinetts-Sekräter Lebas nach Petersburg.

[Zirkular-Schreiben des Ministers des Innern.] Durch Zirkular-Schreiben an sämtliche Ober- und Regierungs-Präsidenten vom 1. d. Mts. hat der Herr Minister des Innern denselben die Uebernahme seines Amtes angezeigt und sie zur Mitwirkung in einmüthigem Sinne für die verfassungsmäßige Ordnung und für die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt aufgefordert. „Die Grundzüge, — heißt es in dem Reskript, — welche die Verwaltung meines Herrn Amtsvorgängers bezeichnet haben, mache ich vollständig zu den meinigen und verweise nachmichtlich auf den Zirkular-Erlass vom 7. April v. J., in welchem dieselben näher ausgesprochen sind.“ Auch den sämtlichen Regierungs-Kollegien und den General-Kommissionen sind ähnliche Reskripte von Seiten des Herrn Ministers zugegangen.

Der angeblich zum britischen Gesandten am hiesigen Hof ernannte Diplomat heißt nicht, wie angegeben, Herr v. Blomfiel, sondern James Arthur Duncan, Lord Bloomfield. Er ist nur Pair von Irland und hat daher keinen Sitz im Oberhause. Sein Vater, Benjamin Bloomfield, hatte durch die Gunst des Prinz-Regenten, nachherigen Königs Georg IV., eine glänzende Karriere gemacht; von sehr geringer Herkunft (ein Apothekersohn), endete er als General-Lieutenant, Großkreuz des Bath-Ordens, Chef der Artillerie u. c. Der jetzige Lord Bloomfield hat sich lange in St. Petersburg aufgehalten, wo er noch unter dem Marquis von Cambricard Legationssekretär war, und durch seine genaue Kenntniß der russischen Zustände wird seine Ernennung zum Gesandten in Preußen im gegenwärtigen Augenblick sehr zu empfehlen sein. (Außer Lord Bloomfield wird auch Lord Cowley als Nachfolger des Grafen Westmoreland genannt.)

* **Posen, 5. Januar.** [Pastor Wengel. — Der Gemeinderath. — Einquartierung.] Der durch seine Konflikte mit der Regierung bekannte Pastor Wengel aus Mittelf,

welcher im Jahre 1846 einstimmig von der ganzen hiesigen evangelischen Gemeinde zu ihrem Prediger erwählt worden war und dem damals der Kultusminister Eichhorn die Bestätigung versagte, befindet sich gegenwärtig hier in Posen. Wie wir hören, verwendet er die unfreiwillige Muße, welche ihm das schließliche Conscriptorium durch seine Insubordination bei der definitiven Entscheidung des evangelischen Oberkirchenrathes verschafft hat, dazu an, literarische Arbeiten zum Druck vorzubereiten und darunter zunächst mit einer Broschüre, „Moderne Freundschaft und Feindschaft“ aufzutreten, die sich namentlich durch interessante und besonders treffende Schilderungen einzelner Persönlichkeiten auszeichnen soll. — Unser neuer Gemeinderath ist installirt; gleich die erste Sitzung zeugte von dem großen Uebergewicht der ultrakonservativen Partei über die liberale, indem erstere bei allen Wahlen der Beamten den entschiedenen Sieg davontrug. Bei der Wahl des Schriftführers beteiligten sich die Liberalen daher gar nicht mehr; es wurden nur 15 Stimmzettel und darunter einer unbeschrieben abgegeben. Diese Wahl, bei der die Stimmzettel alle ein und denselben Namen enthielten, stellte das Verhältnis der Parteien mit 14 gegen 10 fest. Da zugleich beschloffen wurde, die Zahl der Gemeinderathsmitglieder von 24 auf 36 zu erhöhen, so steht noch die Wahl von 12 bevor, in der sich kaum erwarten lässt, dass dadurch die liberale Partei in ein günstigeres Verhältnis kommen werde. Einer der nächsten Akte wird nun die Wahl des Gemeindevorstandes und der besoldeten und unbesoldeten Schöffen sein. — Ungeachtet wir gegenwärtig hier gegen früher wenig Militär haben, so werden dennoch fortwährend die Märsche mit Einquartierung belegt, als wären wir im furchtlichsten Kriege, und man schont die Hausbesitzer, ohne alle Rücksicht auf die Beschränktheit der Miethswohnungen, denn der kleine und mittlere Miether hat bei den hohen Miethspreisen auch nicht eine Hand breit unbefülltes oder entbehrliches Gelas.

Die Grundbesitzer der Stadt Posen sind sehr erfreut über den Ministerial-Erlass, welcher sie von dem Zwange, ihre Gebäude in der Provinzial-Feuer-Societät zu versichern, entbindet, und ihnen frei giebt, sich jeder anderen vom Staate konfessionellen anzuwenden. Der bisherige Zustand, wo die Stadt allein jährlich 50—40,000 Thlr. zur Provinzial-Feuer-Societät beisteuerte, während sie höchstens durchschnittlich 500—600 Thlr. Entschädigung empfing, war sehr unbillig. Wenn man bedenkt, daß die Landbewohner unter Strohdächern wohnen und aller Lösungsarten entbehren, in Posen hingegen dieselben musterhaft eingerichtet und aufs Zweckmäßigste geordnet sind, so wird dadurch der Erlass aufs vollständigste motivirt erscheinen.

(C. C.)

Deutschland.

Dresden, 5. Januar. Am 4. Hofe fand heute ein großes Diner statt, zu dem, wie wir vernehmen, der kaiserliche Ministerpräsident Fürst von Schwarzenberg das gesamte diplomatische Corps und die Konferenz-Bevollmächtigten der kgl. Höfe geladen waren.

(D. 3.)

Kassel, 3. Januar. [Die Exekutionen.] Die beiden Exekutionskommissäre, Graf von Leiningen und Staatsrath Schaeffer, so wie deren unmittelbare Werkzeuge, Marschallomissar Schnabel und Bezirksdirektor Wachs, haben alle Hände voll zu thun mit der Exekution, Bequartierung und Einquartierung. Der Graf v. Leiningen, bei welchem zahlreiche Reklamationen einlaufen, erklärt, daß die vielen Beamten und Einwohnern am Neujahrstage eingelegte verstärkte Einquartierung keine Bequartierung zur Strafe sei, sondern nur den Zweck habe, die Einquartierungslast den Hausbesitzern etwas zu erleichtern. Diese Erklärung muß Verwunderung erregen. Entweder ist der Bundeskommissar in völliger Unkenntnis dessen, was geschieht, oder er ist weniger aufrichtig, wie die H. H. Wachs und Schnabel. Diese haben es kein Hehl, daß die Bequartierung eine Strafe für mißliebige Verhalten sein soll. Einem städtischen Lehrer, der zwei Mann erhalten und sich darüber beschwert hatte, wenigstens den Grund wissen wollte, warum er gestraft wurde, erwiderte Herr Wachs: er sehe doch mit auf der Liste der zu Bequartierenden! er sei Mitglied des Bürgervereins gewesen und habe dort Reden gehalten. Der Ober-Appellationsrath Kulenkamp und der Obergerichtsrath von Hagnau waren am Neujahrstage verschont geblieben, haben aber gestern auf erhobene Beschwerden und Proteste nun ebenfalls Mannschaft erhalten. Sie wollten mit ihren Kollegen gleichgültig werden, und nicht in den Ruf kommen, Anhänger des Pöbels zu sein. Die Bequartierung der Staatsdiener hat unfehlbar das Gute, daß zwischen ihnen und dem Volke die Einnahme befördert wird. Ich habe auch noch keinen Beamten darüber klagen hören: die meisten rechnen es sich zur Ehre an, zu den Mißliebigen zu zählen. — Die hiesigen Prediger haben in Bezug auf Anwendung von Stempelpapier bei Ausstellung kirchlicher Zeugnisse heute beschloffen, der Gewalt nachzugeben. Ein einziger, der Conscriptorats-Abstand, hat sich abgeschlossen und es vorgezogen, seine Entlassung als Pfarrer in Wilhelmshöhe zu nehmen. Als Stadtpräfekt hat er mit Ausstellung kirchlicher Zeugnisse nichts zu thun. — Die Wacht-Paraden werden seit ein paar Tagen nicht mehr auf dem Friedhofe, sondern auf dem Königsplatze abgehalten. Dem Kaiserlichen Hofe ist es unangenehm gewesen, vor seinem Palais jeden Tag fremde Truppen aufziehen zu sehen.

(D. A. 3.)

Kassel, 5. Januar. [Tagesbericht.] Um 1 Uhr Mittags ist eine Abtheilung der Avantgarde des nach Schleswig-Holstein bestimmten Armeekorps in einer Stärke von 2500 Mann aller Waffen im feierlichen Aufzuge hier wie im Triumphzuge eingedrückt. Drei Musikchöre, das 8. österr. Jägerbataillon, des 13. preuß. Infanterie-Regiments und der kurl. Garde spielten voraus. Die Truppen waren in großer Uniform und hatten sich und die fliegenden Fahnen mit grünen Tannenzweigen geziert. Der Aufmarsch mußte dieselben auf dem Friedhofe und ließ sie abdamen beschließen. Sie werden hier rastlos halten. — Nachfolgende Zeitungen sind gestern hier verbreitet, d. h. die Ausgabe derselben der Post unterlag. Ein zweites Verzeichniß soll morgen folgen. Es sind dies: 1) Die Augsb. Allg. Ztg., 2) Die Arbeiter-Zeitung, 3) Die Constitutionelle Ztg., 4) Die Königsche Ztg., 5) Die Westf. Ztg., 6) Die National-Ztg., 7) Die Reichs-Ztg., 8) Das Turnblatt, 9) Das Frankf. Journal, 10) Kladderadatsch. Ob das Verbot vom Grafen Leiningen oder dem Ministerium herab, wissen wir noch nicht. Sie sehen, es wird Nacht in Kurland. Gleichzeitig sind hiesigen hiesigen Einwohner, welche schon eine Reihe von Jahren auf Heimathschnee hier wohnen und Familienmitglieder sind, und eigene Establishments besitzen, ausgewiesen worden, d. h. sie haben den Befehl erhalten, binnen 48 Stunden die Stadt und das Land zu verlassen. Darunter ist ein Franzose (Elsässer) Trautmann, welcher hier eine Fabrik von künstlichen Blumen vorstellt und darin über 40 Arbeiter beschäftigt, und ein Engländer der Doreton, welcher Unterricht in englischer Sprache ertheilt. Die übrigen sind Preußen, Sachsen u. s. w. Verbrechen soll darin bestehen, daß sie Mitglieder des demokratischen Vereins sind. — Die Mitglieder des Conscriptoriums: Meyer, Asbrand und Kraushaar, haben den Abschied erhalten, und deren Stelle haben die Pfarrer Martin, Bohre und Habich erhalten, welche Häupter der mißliebigen Partei sind.

Nach der „Wehr-Zeitung“ ist das 4te Armeekorps, welches unter dem Commando des Feldmarschall-Lieutenants v. Leges die Exekution gegen Schleswig-Holstein zu vollziehen hat, aus folgenden Truppenkörpern zusammengesetzt: 1. Division:

Feldmarschall-Lieutenant v. Tilmmer; 1. Brigade unter General-Major v. Jodel, bestehend aus dem 1., 2. und 3. Bataillon Wellington Nr. 42, dem 1. Jägerbataillon, dem 1., 2. und 3. Bataillon Schwarzenberg Nr. 19 und einer Batterie. Die zweite Division befehligt Feldmarschall-Lieutenant Erzherzog Leopold. Die erste Brigade derselben, vom General-Major Böger commandirt, besteht aus dem 1., 2. und 3. Bataillon Erzherzog Ludwig Nr. 8, dem 1., 2. und 3. Bataillon Rugent Nr. 30 und einer Batterie. Die zweite Brigade unter General-Major Martini besteht aus dem 1. und 7. Bataillon Kaiser-Jäger und dem 1., 2. und 3. Bataillon Benedek Nr. 33. Die dritte Brigade unter General-Major v. Blomberg, besteht aus 8 Eskadronen Windischgrätz-Chevaliers Nr. 4, 4 Eskadronen Burg-Dufaren Nr. 8 und einer Kavallerie-Batterie. — Die Regimenter Wellington und Windischgrätz sind böhmische, die Regimenter Schwarzenberg, Benedek und Koburg-Dufaren ungarische, Erzherzog Ludwig ist ein mährisches, Rugent ein galizisches Regiment. — Bei dem Corps des Feldmarschall-Lieutenants v. Leges befinden sich, wie bei fast allen böhmischen Regimenten, vier Bataillone Landwehr-Bataillone.

Frankfurt, 4. Januar. [Kirchliche Angelegenheiten.] Nur um den historischen Faden verfolgen zu können, sei erwähnt, weshalb Fürst Schwarzenberg den Fortgang der Exekution in Kurland durch die Bayern. Mit einer für Preußen verwerflichen Abweichung vom ursprünglichen Vertrag. Die bayerische Regierung hatte in Wien bittere Klage darüber erhoben, daß sie nach allen ihrerseits dargebrachten Geldopfern jetzt auf einmal den Kurland räumen solle. Sie hatte erklärt, daß es ihr unmöglich sein würde, den auf Österreichs Antriebe unternommenen Exekutionszug vor den Landeskammern zu rechtfertigen, wenn ihr nicht die Mitwirkung bis zum letzten Gewaltstreich gesichert bleibe. Um daher der bayerischen Regierung gefällig zu werden, ging man in Wien auf deren Gesuch ein, — daß es mit Rücksicht auf Preußens Gesand, konnte daran Nichts ändern, vielmehr erhöhte es nur den Reiz einer den Bayern wiederum zugewandten kaiserlichen Huld. — Schwierig dürfen sich doch die bayerischen Kammern in der Theilnahme ihrer Landestruppen am Vollzuge des kurlandischen Exekutionszuges einen Grund entwerfen, der die Handlungsweise der Regierung zu rechtfertigen vermöchte. — Auch hier am Orte befindet sich das gute Einvernehmen zwischen Österreich und Bayern, sobald es nur eine Verständigung Preußens gilt, durch manche andere Umstände. Das zum Hofe der preuß. Regierung hier in Garnison verbleibende 1. bair. Jägerbataillon galt für zu zahlreich, und konnte deshalb leicht preußischerseits den Antrag auf Entfernung des bair. Contingents begründen. Um solcher Eventualität zu begegnen, ist man in Wien damit einverstanden, daß eine gewisse Anzahl von dem fähigen Bataillon nach Franken und der Pfalz entlassen wird. Auf derartige Sinnesänderung achtet man freilich nicht mehr im Berliner Kabinett, es müßte denn sein, um ihnen mit aller Gewalt eine vorteilhafte Deutung unterlegen zu lassen. Vorgezogen zählt das heilige Hans Röschbild die Summe von 96,000 Th. in Silbermünzen an das österreichische Corps des FML. v. Legeditsch aus; Deutschland wird ja demnach die für Unterdrückung und Ausstoßung seiner besten Söhne aufzubringende Gelder wieder zu tragen haben. Wir haben ein Symptom kommenden Dinge gerade hier an einem gar bedeutungsvollen Ereigniß vor Augen. Es war trotz aller Parteianstrengungen rein unmöglich, der „Deutschen Zeitung“, als einem konstitutionellen Organe, nur klammerlich das Leben zu fristen. Dagegen erfahren wir jetzt, daß das eingegangene Blatt innerhalb weniger Tage als Organ der demokratischen Partei wieder aufsteigen wird. Man bezeichnet eine hohe Summe als Angebot für das Verlagsrecht. (Wie man dem Schw. M. schreibt, ist die Dtsch. Ztg. an Herrn Dr. H. Goldschmidt in Frankfurt dem Vernehmen nach für 10,000 Gulden die Entschädigung übergegangen.)

Diejenigen Mitglieder des Bundestages, welche während der Festtage Urlaubsdiensten angetreten hatten, sind wieder hier eingetroffen und die Sitzungen desselben haben wieder begonnen. (Conf. 3.)

München, 4. Jan. [Tagesbericht.] Um sich einen Begriff des Wiewards von unserer Staats-Administration zu machen, genügt gewiß nachfolgende einzelne Thatsache. Heute Mittag entließ sich nämlich das Kriegsministerium gegen die Rekrutierung von 160 Soldaten, „den ihnen bewilligten Urlaub nicht antreten zu wollen“, dahin, daß dieselben nach der Festung Landau verlegt werden sollen. Sämtliche Rekruten waren vom Leibregiment. Was geschieht nun Nachmittags? das Kriegsministerium befehlt, daß das — außer obigen Rekruten bereits auf 28 Mann per Kompanie reduzierte Regiment — noch 500 Mann einberufen soll, so, daß ohne Unteroffiziere die Kompanie 53 Mann stark sei. Diese Verfügung übersteigt alles bisher Gehörte, denn Leute, die gestern und vorgestern noch mit Urlaub entlassen wurden, werden jetzt schnurstracks wieder einberufen. — Das Rekrutir-Über die Ihnen kürzlich gemeldete Erleichterung von zwei reisenden Batterien ist heute erlassen worden. — Daß die Kabinetsverhältnisse Deutschlands zu der Schweiz bereits in ein ernstliches Stadium getreten sind, unterliegt keinem Zweifel mehr, denn der bayerische Gesandte bei der eidgenössischen Bundesversammlung, Freiherr v. Berger, hat in dieser Beziehung bereits die bestimmtesten Instruktionen erhalten. — Was ich schon früher über die angestrebende Derivationskraft von Seite Bayerns zu Dresden geschrieben, werden Sie in anderen Blättern bestätigt gefunden haben. Nur noch die Bemerkung: daß unsere Regierung von dieser Idee leichtes Kaufes nicht abgeht, denn sie blickt allzu gern nach Westen und wird sich bei der geringsten Verklärung ihrer partikularen Interessen, auch von dort her Hilfe zu schaffen wissen. Das seien sie überzeugt, daß unser Großstaat — bei aller Deutschbühnenerei — mehr fähig ist zu thun, als man glauben sollte. — Daß unser ganzes Vereinswesen darniederliegt, wissen Sie ohnehin. Nur die religiös-politischen Vereine leben noch und nehmen täglich an intellektueller und materieller Kraft zu.

Nürnberg, 2. Januar. [Österreichische Befragung.] Noch wenige Tage und wir haben das österreichische Regiment Benedek als einen Theil der Befragung in unserer Stellung. Zur Aufnahme desselben wurden in den letzten Tagen die nöthigen Einrichtungen in den Kasernen und Bästion 30 getroffen. Morgen, längstens Samstag, verläßt uns das bairische 9. Infanteriebataillon, das in Karlsruhe seine Garnison nehmen wird. Als bald nach diesem Abmarsch werden die 3 Bataillone des Regiments Benedek, das von der kurlandischen Grenze über Darmstadt kommt, in der Weise einrücken, daß etwa vom Sonntag oder Montag an täglich ein Bataillon ankommt. Gleichzeitig wenn nicht noch früher, erwarten wir einige österreichische Offiziere zur Leitung des Festungsbaues; Major Werck, vor der Revolution schon hier als Hauptmann, wird die Festungsbaudirection führen. Man freut sich im Allgemeinen der Ankunft der Österreicher; denn die früher hier anwesenden österreichischen technischen Truppen, Offiziere wie Soldaten, haben einen so guten Namen hinterlassen, daß es wirklich gar nicht wundern darf, wenn man den neuen Entwürfen freudig entgegensteht. (Mannh. 3.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 4. Jan. Der preussische Lieutenant v. Schwarz, als Adjutant des General v. Bülowen beigesetzt, traf gestern Abend hier ein und hat die beiden Herren Kommissäre bei der Statthaltererschaft angemeldet. Die Statthaltererschaft soll erwiedert haben, daß sie bereit sei, die Herren Kommissäre hier morgen oder übermorgen zu empfangen. (H. C.)

Hendenburg, 3. Jan. Die Herren Kommissäre des „Deutschen Bundes“ sind endlich angelangt. Die hohe Statthalterchaft hat ihnen die für morgen nachgeplante Konferenz bewilligt. Mancher Dreien scheint der Glaube zu herrschen, daß nunmehr der Krieg beendet sei. Die Möglichkeit dieser Eventualität ist nicht wohl zu bestreiten; der Grad ihrer Wahrscheinlichkeit hängt davon ab, wie weit in den Anekdoten der „Deutschen Bundes“ die Gerechtsame der Herzogthümer ihre Anerkennung finden. Der entgegengelegte Fall wird von unserer Staatsregierung fest im Auge behalten, und geht namentlich in militärischer Beziehung Alles seinen ruhigen Gang fort. (H. A.)

Großbritannien.

London, 3. Jan. [Die Borse und holländische Exekution.] Die Nachricht vom Abmarsch der österreichischen Exekutionstruppen nach Holstein drückt heute die Stimmung an der Borse ziemlich herab, während man sonst stets von diesem Schritt das Gegenheil erwartete.

Frankreich.

Paris, 4. Januar. [Tagesbericht.] Das Kabinett hat heute seine Demission angeboten und ist dieselbe auch von dem Präsidenten der Republik angenommen worden. Man kann sicherlich nicht behaupten, daß dieses Ereigniß unerwartet gekommen sei. Im Gegentheil; wenn man sich über Etwas zu verwundern hätte, so wäre es, daß die Minister noch so lange ihre Portefeuilles behalten haben, nach so vielen Niederlagen, die ihnen von der Versammlung und in den Büros zu Theil geworden sind. Aber eben deshalb, weil jeder der Minister die Schläge, die ihn trafen, gefestigt hat, hat er sich so schwer vorheizen lassen, welcher Schlag endlich so schwer treffen werde, um das Ministerium en masse zum Rücktritt zu bestimmen. Dieser entscheidende Schlag scheint nun in der verächtlichen Weise empfunden worden zu sein, mit welcher die Versammlung gestern die dringenden Bitten der Minister Baroche und Schramm um einen Aufschub von 24 Stunden für die Interpellation Bonapartes zurückgewiesen hat. In diesem rückfälligen Verfahren gegen die Minister lag allerdings ein offener Beweis, daß das Kabinett ohne Einfluß auf die Versammlung sei und eine Art von Aufforderung an dasselbe, den Platz zu räumen. So entschloffen sich denn die Minister zum Rücktritt! Hätten sie es aber auch nicht gethan, oder hätte der Präsident geglaubt, die Demission nicht annehmen zu können, so hätten die heute stattgehabten Wahlen in den Abtheilungen, welche sich für den Monat Januar konstituiren, als eine dringende, wenn nicht gar befehlende Aufforderung zum Rücktritt gelten müssen; denn die Präsidenten und Sekretäre der Abtheilungen sind fast ausschließlich aus den Mitgliedern gewählt worden, die als anti-cholisch bekannt sind.

Das Ministerium geht also. Aber welche Männer werden ihm folgen? Schon seit lange wußte man, daß beim Herannahen des Augenblicks, wo man die Revision der Verfassung wird diskutieren wollen, die gegenwärtigen Minister zurücktreten würden, um einem Kabinett unter Léon Faucher Platz zu machen. Die Vorfälle der letzten Tage haben die Kritik beschleunigt; man vermuthet also, daß Léon Faucher jetzt ein neues Kabinett bilden werde, und allem Anschein nach ist diese Vermuthung auch begründet. Was die anderen Kabinets-Mitglieder anbetrifft, so zirkuliren zu viele Namen, als daß ich Ihnen auch nur einen ansühren möchte.

Es bleibt demnach die Frage, welche Majorität Hr. Léon Faucher in der Versammlung finden wird, da die Legitimisten beinahe eben so feindselig gegen ihn gestimmt sind, wie die Monarchisten. Ehe man jedoch diese Frage beantwortet, muß man die Konstituierung des neuen Kabinetts abwarten.

Die Angelegenheit der Instruktionen an die Arme, welche nach der „Patrie“ von Changanier erlassen worden sind, ist durch das Resultat der gestrigen Interpellation keineswegs erledigt. Denn trotz des kategorischen Dementis, welches der General gegen dem Journale auf der Tribüne gab, hält die „Patrie“ doch heute ihre Behauptung aufrecht, giebt ihrerseits wieder dem Kommandanten an chef der Pariser Armee das vollständigste Dementi, und geht so weit zu behaupten, daß der Tagesbefehl an die Arme, dessen Existenz von Changanier ganz und gar in Abrede gestellt wird, von seiner eigenen Hand geschrieben wäre. Ich theile aus diesem Artikel der „Patrie“ einige Stellen mit:

„Sie triumphiren! (die andern Journale) und klatschen einem General Beifall zu, der der parlamentarischen Allgewalt den Hof macht, wie Sextus V. in seinem Ehrgeiz nach der Tiara dem heiligen Kollegium geschmeichelt hat, bis er das Haupt der Christenheit geworden, endlich die Krone von sich warf und seinen gebeugten Körper aufrichtend den Karabinieri entgegenkommend: Jetzt bin ich euer Herr!“

Wie, Herr General Changanier, Sie konnten Angesichts des Landes und der Versammlung behaupten, daß die Instruktionen, von denen wir einen Auszug citirt haben, nie vorhanden gewesen wären? Aber Sie haben sie gelesen mit Ihren eigenen Augen Sonntag früh. Sie haben sie selbst mehrere Stunden in Ihren Händen gehabt; Sie haben selbst genau und vollständig Abschrift von einem Original genommen, welches von einem Brigadegeneral der Pariser Armee unterzeichnet war, der jene Instruktionen an die Offiziere unter seinem Kommando ertheilt hat. Werden Sie sagen, daß dieser Brigadegeneral die Instruktionen erfunden hat? Wer könnte wohl die Behauptung wagen, daß ein Brigadegeneral von der Pariser Armee, in welcher Sie mit so vieler Energie die strengste Disziplin aufrecht erhalten, so ernste Instruktionen ertheilen würde, wenn er sie nicht aus dem Hauptquartier von dem Generalissimus der Garnison erhalten hätte? Dieses Dokument ist in unseren Händen. Wir könnten, wir müßten dasselbe zu unserer Vertheidigung vollständig veröffentlichen. Aber wir haben auf Ehrenwort versprochen, keine andere Artikel zu veröffentlichen, als die, welche wir bereits mitgetheilt haben. Wir tragen weder Epuletten noch Degen, aber wenn wir unser Wort gegeben haben, so halten wir es auch.

Bis man uns von diesem Worte freiläßt, was ohne Zweifel nicht lange auf sich wird warten lassen, mögen unsere Gegner triumphiren, aber wir werden gegen Jedermann, selbst gegen den Herrn General Changanier die Wahrheit unserer Mißtheilung behaupten. Die Perspektive auf ein offizielles Triumvirat, kann uns nicht erschrecken. Es kümmert uns wenig, wenn der Herr General Changanier den Generalen Cavaignac und Lamoricière heute die Hand reicht, die er gestern mit seiner Uebergewalt niederhielt, und die er morgen, wenn er es vermöchte, unter seiner Diktatur zerschmettern würde. Wir fürchten die Cromwells eben so wenig, wie wir die Montis fürchten. Befänden wir uns am Fuße der Tribüne, an der Baire der Versammlung, so würden wir mit dem Töne der Wahrheit ausrufen: Ja, diese Instruktionen haben existirt; ja, sie existiren noch; ja, die Anführungen, welche wir daraus gemacht haben, sind nöthig richtig; und wenn man uns nach dem Namen des Brigadegenerals fragen sollte, dessen Namen wir unter dem bezeichneten Original gesehen, so würden wir die Antwort verweigern, denn es giebt Etwas, das über Alles geht: es ist die Wahrheit, es ist die Ehre!

Diese Details des Journals werden offenbar ein neues Dementi des Kommandanten an chef nothwendig machen.

Die Sozialisten sind über die Wahlfrage mehr als je in Zwitterath. Während der „Vote universel“ den Beschluß der Ultra-Monarchisten verurtheilt, der die Nichtbetheiligung an den Wahlen anempfiehlt, hat die gemäßigtere Berg-Fraktion gestern

Abend einen entgegengelegten Beschluß gefaßt, und die ganze demokratische Presse, mit Ausnahme des genannten Journals, wird dem letzteren Beschluß beitreten. Die Spaltung ist flagrant!

Nach dem „Pariser Bulletin“ ist aus Rom die Nachricht eingegangen, daß die Differenz zwischen dem päpstlichen und dem Turiner Hofe so gut wie beigelegt sei. Jedenfalls bedarf diese Nachricht noch der Bestätigung.

In wenigen Tagen wird von dem Präsidenten der National-Versammlung, Herrn Dupin, ein Werk erscheinen, welches als eine der bedeutendsten Schriften des berühmten Rechtsgelehrten bezeichnet wird. Der Titel des Buches ist: „Von den öffentlichen Gewalten, ihren Rechten und ihren Pflichten.“

Italien.

Turin, 1. Jan. Eine Deputation der zweiten Kammer, durch das Loos gewählt, und aus den Herren Cambieri, Mazza, Bothono, Pecatore, Pallieri, Gioachino, Valerio, Aconati, Bonavera, Parent und Delcortto bestehend, hat sich zum König verfügt, um ihn zum Antritte des neuen Jahres feierlich zu beglückwünschen. — Die Ernennung des Grafen v. Galina zum französischen Gesandten an die Stelle des Herrn Pissolomeo wird nunmehr von allen unterrichteten Turiner Blättern bestätigt.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 8. Januar. Das heutige Amtsblatt macht bekannt, daß für das Jahr 1851 die wissenschaftliche Prüfungskommission aus folgenden Mitgliedern: Professor Dr. Göppert, Prof. Dr. Kummer, Prof. Dr. Köppl, Prof. Dr. Dehler, Prof. Dr. Friedlieb, Prof. Dr. Ambrosch und Prof. Dr. Eysenich unter der Direction des zuerst genannten Herrn Professor Dr. Göppert bestehen wird.

Breslau, 7. Jan. Die am 6. d. M. im Kunstsaal der Universität stattgefundene Prüfung der Schüler des Schnabelschen Instituts für gründliche Erlernung des Flügelspiels, erfreute sich der großen Theilnahme, die sie in vollem Maße verdiente. Es waren über 700 Zuhörer anwesend, die mit nichtbarer und hörbarer Zufriedenheit die Leistungen von circa 130 Schülern — unter denen auch solche, welche erst seit 4 Monaten Unterricht empfangen — ausnahmen. Die sehr lobenswerthe Unterrichts-Anstalt hat sich an jenem Abend in ihrer ganzen Thätigkeit bewährt und ein durchwegs ehrenvolles Zeugniß ihrer Bestrebungen abgelegt. Möchte Herr Julius Schnabel, der Begründer und Leiter dieser Anstalt, auch ferner mit seiner bewährten Umsicht und regem Eifer unserer Stadt ein Institut erhalten, das in jeder Beziehung der höchsten Beachtung würdig ist!

Breslau, 7. Januar. Die schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur wird, so wie wir vernehmen, diesmal die jährliche Feier ihres Stiftungsfestes auf den 18ten Januar verlegen. Wie können diese Wahl im Hinblick auf die hohe Wichtigkeit des Tages nur billigen, an welchem gerade vor 150 Jahren Friedrich III. die Entschlossenheit hatte, sich selbst von einem Kurfürsten von Brandenburg zu einem Könige von Preußen zu erheben.

Breslau, 7. Januar. [Konstitutionelle Bürger-Resourcen.] Die Montag-Besammlungen, welche der Selbstweil mehrmals ausgefallen waren, wurden gestern Abend zum ersten Male wieder aufgenommen. — Es hatten sich ungefähr 100 Mitglieder zusammengefunden, um die „freien Versprechungen“, wie die übrigen Gegenstände der Tagesordnung ungesäumt zu erledigen. Der interimistische Vorsitzende, Herr Direktor Wisfowa, eröffnete die Versammlung mit einer politischen Umschau, aus der wir nur folgende Punkte hervorheben wollen. Ungeachtet der langen Pause, welche die sonst allwöchentlich wiederkehrenden Zusammenkünfte erfahren haben, sind die Erwartungen, daß der politische Horizont sich bis zum Beginn des neuen Geschäftsjahres aufgelklärt haben würde, — nicht in Erfüllung gegangen. Es scheint sogar, als wolle sich keine der früher gehegten Hoffnungen erfüllen. Immer mehr könne man die Ueberzeugung gewinnen, daß Alles, was die Dmäger Konferenz bezweckt habe, sich weit besser hätte erreichen lassen, wäre Preußen von vornherein in den Bundestag eingetreten, der ihm so lange ein Gegenstand des Spottes gewesen sei und nun mit aufstrebender Zubringlichkeit gesucht werde, um nur nicht ganz isolirt dazustehen. — Diese Hinzubringen Preußens in Kurland wie in Schlesien-Polstern mache Österreich immer übermächtiger, so daß es seinen früheren Gegner und jetzigen Bundesgenossen (Preußen) überall scheitern sehe, wo dieser auf Befolgung feierlich eingegangener Verträge und Pflichten bestünde. Nur mit Mühe sei es gelungen, dem österreichischen Ministerpräsidenten die Punktationen von Olmütz in Erinnerung zu bringen; der einzige Erfolg davon war, daß Graf v. Leiningen statt „Bundes-Kommissar“ sich fortan „Bundes-Kommissar“ nannte. — Aus den Dresdener Konferenzen erfahre man nichts, was auch erlaublich sei, je mehr die Politik aus den Versammlungen und von Repräsentanten des Volkes in die Kabinets-Hünder und von Repräsentanten des Volkes in die Kabinets-Hünder gerathe. — Der heutige Tag werde vielleicht in den preussischen Kammern wichtige Beschlüsse gebracht haben; der Redner hoffe, daß sie im Interesse des Vaterlandes und der Verfassung befanden und frei von jeder extremen Richtung ausfallen würden.

Herr Buchhändler G. D. Adolph berichtete dann über den Erfolg der Sammlungen für die würdigen Familien ausgedienter Linien-Militärs. An monatlichen Beiträgen sind gesammelt: 126 Thlr., an außerordentlichen Beiträgen sind eingebracht: 105 Thlr. Es wurden monatlich unter Mitwirkung des hiesigen General-Kommandos 160 Thlr. nachträglich beigetragen Familien nicht als 63 mit 124 Kindern. Nachträglich beigetragen haben sich noch: 10 Familien. Aus einer ferneren Mittheilung geht hervor, daß die Höhe der Unterstützungsgelder nicht theilung weise erreicht, welche die Familien der einmal dienenden Landwehrmänner zu Theil werden lassen.

Herr Ober-Staatsanwalt Fuchs motivirte den Antrag, eine abendliche Kollekte für den gedachten Zweck zu veranstalten. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß unmittelbar nach der Mosbilmachung die politische Umwandlung der Kriegsausgaben eine friedliche Politik namentlich hier und in dieser Gesellschaft allgemeine Mißgunst hervorgerufen habe. — Man weigerte sich daher, für die Ehre Preußens eigentlich hinstanzzusetzen, und verzögerte, daß es den bedürftigen Familien beizuhelfen würde, die doch an den Beschlüssen der Regierung Theil zu nehmen hätten. — Nach der gegenwärtig veränderten Lage der Verhältnisse rechtfertigte sich der Antrag auf die nachdrücklichste Unterstützung der Angehörigen Derer, die für das Vaterland Gut und Blut aufzuopfern bereit waren. — Nach einer längeren Debatte genehmigte die Versammlung die hierauf bezüglichen Vorschläge, welche den Vorstand ermächtigen, die Sammlungen bei denjenigen Mitgliedern der Gesellschaft fortzusetzen, welche bisher noch keine Beiträge gezahlt haben.

Breslau, 7. Januar. [Politische Nachrichten.] So häufig auch gegen Zierquäler angekämpft worden, so ist es doch noch immer ohne besonderen Erfolg geblieben, da fast täglich Ausbrüche von Roheiten, an Thieren ausgeübt, vorkommen. Ein Beispiel hiervon lieferte ein Fischer-Lehrbursche, welcher ein

Redakteur: Nimb s.